

## 10 | MEINUNGEN UND ANALYSEN

LEITARTIKEL: CHRISTOF WIDMER ÜBER DIE FREIE SCHULWAHL

# Gleichheitsideal kollidiert mit der Eigenverantwortung

**D**ie an Reformen ohnehin nicht arme Bildungslandschaft muss sich mit einer neuen Idee befassen. Diesmal handelt es sich nicht um ein Projekt, das in den Stuben der Bildungsbürokratie ausgeheckt wurde, sondern um die Initiative eines privaten Elternvereins. Wie in weiteren Kantonen sammelt der Verein Elternlobby auch im Thurgau bald Unterschriften für eine Volksinitiative zur Einführung der freien Schulwahl. Ziel der Initianten ist, dass die Eltern wählen können, an welche staatliche oder private Schule ihre Kinder gehen sollen. Nach diesem Konzept erhält jedes Schulkind vom Staat einen fixen Geldbetrag, der an die besuchte Schule ausbezahlt wird. Heute dagegen werden die Kinder von der Schulgemeinde einem von ihr finanzierten Schulhaus zugeteilt.

Die Idee hinter der freien Schulwahl: Auch staatliche Schulen werden

gezwungen, um «Kunden» zu werben. Schulen, die viele Schüler verlieren, müssen über die Bücher. Durch die Konkurrenz wird am Schluss das ganze Bildungsangebot besser. Ausserdem argumentieren die Initianten, dass die Chancengleichheit erhöht wird: Auch Kinder aus sozial benachteiligten Familien erhielten die Chance, eine «gute» Schule zu besuchen. Heute könnten sich nur reiche Eltern erlauben, ihre Kinder von schlechten staatlichen Schulen zu nehmen.

**W**o derart radikale Ideen entworfen werden, sind die Kritiker nicht weit. Sie werfen den Initianten vor, Totengräber der Volksschule zu sein. Mit der freien Schulwahl werde den Staatsschulen zugunsten von privaten Anbietern Mittel entzogen. Für die Anhänger des bisherigen Schulsystems ist gerade die Volksschule der Garant für Chancen-

gleichheit. Bei freier Schulwahl würden sich nur Eltern aus guten sozialen Verhältnissen um die beste Schule für ihren Nachwuchs kümmern. Angehörige bildungsferner Schichten hätten daran kaum Interessen. So entstehe eine soziale Trennung, befürchten die Gegner. Als praktisches Beispiel immer wieder angeführt wird der Schulweg: Nur reiche Eltern könnten es sich leisten, ihre Kinder am anderen Ende des Kantons zur Schule zu schicken.

**I**n diesem Streit bleibt zunächst einmal festzuhalten, dass die Schweizer Volksschule sich sicher nicht in einem besorgniserregenden Zustand befindet. Gerade im Thurgau mit seinen kleinen Städten dürfte das Elternlobby-Argument kaum zutreffen, wonach sich sozial benachteiligte Schüler in einzelnen «schlechten» Quartiersschulhäusern zwangsweise konzentrieren. Allerdings darf die

THURGAUER ZEITUNG | SAMSTAG, 12. JULI 2008

## Verantwortung der Eltern

Frage gestellt werden, ob ein Kind in der Gesamtschule auf dem Dorf wirklich den gleich guten Bildungsrucksack mitbekommt, wie sein Gspänli im Stadtschulhaus.

**D**er Kern der Auseinandersetzung um die freie Schulwahl liegt ohnehin anderswo: Hier das Konzept, dass Eltern mündige Kunden sind, die selber entscheiden, was für ihr Kind gut ist – dort das Selbstverständnis der Volksschule, die für alle Schüler einheitliche Bildungsansätze bietet. Das Gleichheitsgebot kollidiert mit dem liberalen Prinzip der Eigenverantwortung.

Beim Für und Wider die freie Schulwahl muss deshalb vor allem geklärt werden, ob Einheitskonzepte in der heutigen komplexen Gesellschaft noch taugen. Die Ansprüche an die Schule wachsen ständig. Sie muss unter anderem Begabte fördern

und Schwache stützen, die Geschlechterrollen aufbrechen und Ausländer integrieren. Kann die Volksschule das alles leisten oder braucht es eine Spezialisierung der einzelnen Schulhäuser auf bestimmte Bildungskonzepte. Dies fordern die Anhänger der freien Schulwahl. Dabei muss es nicht um reformpädagogische Rezepte gehen, die in der Elternlobby einen hohen Stellenwert geniessen. Es kann auch sein, dass sich eine Dorfschule auf integrativen Unterricht spezialisiert, während eine Stadtschule ausgebaute Tagesstrukturen anbietet.

Dass das Erziehungsdepartement die freie Schulwahl nicht zum vornherein in Bausch und Bogen verwirft, ist zu begrüßen. Neue Ansätze erlauben einen neuen Blick auf das Bestehende. Das kann die Bildungslandschaft befruchten, selbst wenn die freie Schulwahl verworfen werden sollte.

c.widmer@thurgauerzeitung.ch

weiter geht's auf Seite 13

mit dem Bericht aus Frauenfeld (siehe unten)

e-mail für Leserbrief: [c.widmer@thurgauerzeitung.ch](mailto:c.widmer@thurgauerzeitung.ch)

# Freie Schulwahl s

Unterschriften für die freie Schulwahl werden erst ab Herbst gesammelt. Doch bereits jetzt will der Kanton die Folgen abklären. Erziehungsdirektorin wie Lehrerpräsidentin zeigen sich kritisch.

**FRAUENFELD** – 17 Personen sind im Komitee vertreten, darunter Kantonsrätinnen und Kantonsräte aus sämtlichen grossen Parteien. Und sie alle wollen nach der Sommerpause mit der Unterschriftensammlung für die geplante Volksinitiative loslegen. Ihr Ziel ist die freie Schulwahl im Thurgau, die den Wettbewerb in der Volksschule ankurbeln und den Eltern mehr Wahlmöglichkeiten verschaffen soll. Pro Kind soll es einen Betrag geben, den die Eltern für die Schule ihrer Wahl einsetzen können. Der Kanton Basel-Land wird schon im September über das Anliegen abstimmen, für das in mehreren Kantonen Unterschriften gesammelt werden.

Im Abstimmungskampf wird die Empfehlung von Lehrerinnen und Lehrern eine wichtige Rolle spielen, doch Bildung Thurgau, ihr Dachverband, hat seine Haltung noch nicht definiert, wie Präsidentin Anne Varenne erklärt. An der nächsten Delegiertenversammlung werde der Verband über das Thema sprechen. Sie gehe von einer skeptischen Grundhaltung aus.

## Weniger Chancen

Varenne macht auch keinen Hehl aus ihrer persönlichen Ablehnung. Die freie Schulwahl werde die Chancengleichheit zwischen Schülerinnen und Schülern beeinträchtigen. Zwar würden alle Eltern einen Grundbetrag für ihre Kinder erhalten. Nur die finanziell bessergestellten Eltern hätten aber Zeit und Möglichkeit, ihre Kinder zur Schul ihrer Wahl zu bringen und sie dort wieder abzuholen. Die anderen Eltern müssten arbeiten und seien gezwungen, ihre Kinder in der Schule vor Ort zu lassen, so Varenne. Die Unterschiede in der Ausbildung würden grösser. «Ich befürchte zudem, dass die Bildungslandschaft teurer wird.»

Keine offizielle Haltung gibt es bisher auch vom Regierungsrat. Es sei nicht opportun, noch vor dem Start



Der grosse Knackpunkt: Umstritten ist, ob

der Unterschriftensammlung direkt Stellung zu einer Volksinitiative zu beziehen, sagt Regierungsrätin Monika Knill. Klar sei aber, dass sie intern bereits den Auftrag erteilt habe, Chancen und Risiken einer freien Schulwahl zu untersuchen und ein Argumentarium zusammenzustellen. Knill deutet aber an, dass sie persönlich dem Anliegen

## HarmoS-Komitee

Noch bevor sich die kantonale Politik mit der freien Schulwahl befassen wird, stimmen Thurgauerinnen und Thurgauer über den Beitritt zum HarmoS-Konkordat ab. «Für uns ist es ein Vorteil, dass die Abstimmung erst am 30. November stattfindet», sagt CVP-Kantonsrätin Anita Dähler, die das Pro-Komitee präsidiert. Das Komitee sei dabei, das Argu-

# stösst auf Skepsis



Alle Eltern ihre Kinder in die Schule ihrer Wahl bringen können. Bild: Susann Basler

kritisch gegenübersteht. Es sei nicht sicher, ob die Chancengleichheit aller Kinder gewährleistet werden könne. Und auch die Auswirkungen auf die Finanzen könnten negativ sein.

## Mehr Spielraum

Knill verweist zudem auf das geplante Beitragsgesetz, das sich in der Ver-

nehmlassung befindet. Diese Neuregelung des Finanzausgleichs werde dafür sorgen, dass Schulgemeinden mehr Spielraum hätten, um die Qualität zu steigern. «Auch das ist ein Wettbewerbsselement.» Ohne die freie Schuwahl müssten Eltern dann allerdings den Wohnort wechseln, um eine andere Schule zu wählen. IMARC HALTNER

## s sind froh um die Verschiebung

mentarium zusammenzustellen und die Finanzen zu beschaffen. Im Pro-Komitee engagieren sich laut Dähler alle im Grossen Rat vertretenen Parteien, so auch die SVP. Der Grosse Rat stimmte dem Konkordat zur schweizweiten Harmonisierung der Bildung mit 116 zu 0 Stimmen zu. Positiv auf die Verschiebung reagiert aber auch das regnerische Komitee,

das erfolgreich das Referendum ergriffen hat. Der späte Abstimmungs-termin sei kein Handicap, sondern erleichtere die Vorbereitung des Abstimmungskampfes, erklärt alt Kantonsrat Felix Huwiler. Im Komitee seien verschiedene Parteien vertreten, so Politiker der SVP. Das Nein-Komitee bereite eine aufwendige Kampagne für den Herbst vor. (baw)